

Simburger Anzeiger

Jugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Unterannun, Rheingau und St. Goarshausen.

Erscheinungsweise: täglich (nur Verlags).
Bezugspreis: monatlich 3.00 Mark einschließlich Postbestellgeld oder Beleglohn.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1888 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Kothke,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6gepaltene 3-Millimeterzeile oder deren Raum 50 Hg. Die 91 mm breite Reklamazeile 1.50 RM.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 88

Simburg, Montag den 19. April 1920.

83. Jahrgang

Der Wahl-Aufruf der Deutschen Demokratischen Partei.

Berlin, 16. April. Die Deutsche Demokratische Partei erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:
An das deutsche Volk!

In kurzer Frist werden Männer und Frauen den ersten Reichstag der Deutschen Republik wählen.

Was erwartet das deutsche Volk von diesem Reichstag? Die Bewahrung vor dem Bürgerkrieg, die Überwindung des Klassenkampfes, den Wiederaufbau, der Volkswirtschaft und damit der nationalen Kraft, die Erhaltung und Festigung der Reichseinheit, die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Welt.

Es gibt nur einen Weg zu diesem Ziel: den Ausbau unseres Staates auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle: die nationale Demokratie.

Diese Grundlage ist durch die Weimarer Verfassung geschaffen. Auf ihrem Boden hat die Koalition der Vorkriegsparteien gearbeitet.

Die Deutsche demokratische Partei hat in der Politik dieser Koalition nicht alle ihre Hoffnungen erfüllt gesehen. Aber nur gewissenlose Agitation kann leugnen, daß auf dem Trümmerfeld unserer äußeren und inneren Politik unter schwersten Bedingungen die Anfänge von Ordnung und Aufbau geschaffen sind. Durch die grundlegende Arbeit unserer Partei hat sich das deutsche Volk die edelste und freieste Verfassung der Welt als Grundlage der neuen Entwicklung gegeben. Die Reichseinheit ist allem Ansturm und allen Verordnungen zum Trotz erhalten, die Verwaltung im Reich vereinhheitlich worden. Mit der Demokratisierung der Wirtschaft ist die Arbeitsgemeinschaft aller schaffenden Kräfte im Betriebe angebahnt und damit der einzige Weg zur Überwindung des Klassenkampfes durch Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Frieden beschritten. Die lospolle Finanzgebarung der Kriegszeit ist in geordnete Wege geleitet und das Deutsche Reich ist wieder kreditwürdig und kreditfähig gemacht.

Was dem deutschen Volk und der deutschen Wirtschaft gegenüber den zerstörenden Kräften von links in dieser Zeit an Grundlagen der Offenbarung und des Wiederaufbaus geschaffen worden ist, das verdanken sie der Arbeit der Mehrheitsparteien, nicht den Parteien der Rechten, die in ständiger demagogischer Opposition die Autorität der Regierung geschwächt, den guten Willen der Bevölkerung beirrt und erschüttert und den Boden bereitet haben für die frevelhafte Tat vom 13. März, durch die wir aus mühsam geschaffenen hoffnungsvollen Anfängen wieder in das Chaos zurückgeworfen wurden.

Die Wehrheitsbildung auf demokratischer Grundlage wird auch fernerhin allein Deutschland vor dem Bürgerkrieg schützen und den Wert des Wiederaufbaus fortführen können.

In einer solchen Wehrheit ihren Einfluß zu stärken, ist das Ziel der Deutschen Demokratischen Partei bei den kommenden Wahlen. Denn wir wollen über der Notwendigkeit der Zusammenarbeit die tiefgreifenden Unterschiede nicht vergessen, die uns von den anderen Koalitionsparteien trennen.

Der Sozialdemokratie gegenüber verstehen wir die Republik nicht als Hoffnung auf die Vorherrschaft einer Klasse, sondern als grundsätzliche und für immer klassenfreie Vertretung des ganzen Volkes unter gleicher Teilnahme aller Berufe, nicht als parteipolitische Durchdringung der ganzen Staatsverwaltung, sondern als Festlegung der politischen Grundrichtung der Regierung und im übrigen als Auslese der tüchtigsten Fachleute. Die Arbeitnehmer müssen ihr volles politisches und wirtschaftliches Recht behalten, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir wollen und dulden keine kapitalistische Ausbeutung, aber wir wollen auch keine Diktatur der Arbeiterregierung einer Berufsclasse, sei sie noch so bedeutend.

Unsere Partei steht und fällt mit dem reinen demokratischen Gedanken.

Alle wirtschaftliche Sehung des Arbeiterstandes durch Löhne oder Staatshilfe ist abhängig von der deutschen Volkswirtschaft. Diese Ertragsfähigkeit beruht auf der freien Entfaltung persönlicher Tüchtigkeit und schöpferischen Unternehmungsgeistes. Im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens des ganzen Volkes lernen wir jede Wirtschaftsform ab, die diese wesentlichen Kräfte des Aufstieges barockhaft einengt.

Im Zentrum gegenüber werden wir zugunsten der kirchlichen und aller religiösen Gemeinschaften auf unserer Seite die Freiheit der Religion und die Selbstverwaltung der religiösen Gemeinschaften anerkennen. Aber wir müssen auf dem Gebiet der Schul- und Bildungspolitik die geistige Einheit unseres Volkes noch möglichst behaupten, die nicht durch religiösen Wadlamp noch mehr gefährdet werden darf. Wir wollen daher eine Auseinandersetzung mit den moralisch und religiös so wertvollen kirchlichen Gemeinschaften auf dem Wege des Friedens und der Verständigung, nicht des Machtkampfes und der geistigen Entzweiung. Wir wollen insbesondere auch den ewigen unzerstörten und unzerstörbaren Besitz unseres geistigen und wissenschaftlichen Bildung überkonfessioneller Art allen erhalten und zugänglich wissen. Wir betrachten die Schule als eine Angelegenheit der Staat, der auf dem Gebiet des Religionsunterrichts die religiösen Bedürfnisse des Volkes erfüllen soll.

So halten wir auch in der Zusammenarbeit mit anderen Parteien unsere eigenen politischen, sozialen und kulturellen Interessen und Aufgaben fest.

Politisch: Rein zentralistisches, aber ein einheitliches deutsches Reich mit demokratischer Selbstverwaltung der Länder und Stämme, die Durchführung der reinen Demokratie, die Verwaltung unter strenger Bekämpfung von Kriechherrschaft und Korruption. Die Verminderung der Steuerlast durch äußerste Sparpolitik in der Verwaltung, die Erhaltung der Reichswehr und ihr Schutz gegen Verunglimpfung und Mißbrauch durch staatsfeindliche Elemente.

Soziales: Entfaltung aller gesundwirtschaftlichen Kräfte. Schutz aller anständigen Arbeit, Bekämpfung des Wuchers und des Schiebertums, auch durch Abbau der Zwangswirtschaft, Erlass der Erwerbslosen-Unterstützung durch eine gesunde und zweckmäßige Erwerbslosenversicherung, energische Durchführung des Siedelungsgegesetzes, Durchdringung der ganzen Wirtschaftspolitik mit dem sozialen Gedanken der Solidarität aller Volksgenossen und der Arbeit.

Kulturelles: Schnell und energische Durchführung des verfassungsmäßigen Aufbaues des deutschen Bildungswesens nach den Grundsätzen der Befreiung der Bildungsauslese von den Zufälligkeiten des Standes und der wirtschaftlichen Stellung, Achtung der religiösen Überzeugung und der geistigen Freiheit, Erzielung des Volkes zur richtigen Wertung geistiger Arbeit, als der Kraft der kulturellen und politischen Führung.

Vortragende Rätinnen.

Berlin, 16. April. (W.B.) Im Hauskulturausschuß der Nationalversammlung wurde bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums von der Regierung mitgeteilt, daß bei dem Reichsarbeitsministerium die Einstellung vortragender Rätinnen und Regierungsrätinnen in Aussicht genommen sei. Ebenso sei die Beförderung geeigneter mittlerer Beamten zu Regierungsräten geplant. Der Etat des Reichsarbeitsministeriums wurde genehmigt.

Die Versorgung der dienstbeschädigten Militärpersonen.

Berlin, 16. April. (W.B.) Dem Ausschuh für soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf über die Versorgung von Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung zur Stellungnahme zugegangen. Nach Mitteilung des Ministerialdirektors Dr. Schwenzer vom Reichsarbeitsministerium beläuft sich die Zahl der Kriegsdienstbeschädigten auf annähernd eineinhalb Millionen, der Kriegshinterbliebenen, Witwen und Waisen und sonstigen Unterstützungsberechtigten auf nahezu 3 Millionen. Die Versorgungssumme werde auf 4 bis 4,5 Milliarden Mark jährlich geschätzt.

Neue Verschwörungen? Eine national-kommunistische Verschwörung im Reichswehrministerium.

Berlin, 16. April. (W.B.) Im Reichswehrministerium versammelten sich gestern die Hauptleute Viebahn und Polnhart, Kapitänleutnant Altvater und Leutnant Viebahn mit drei Kommunisten zur Beratung eines Zusammenschlusses auf national-kommunistischer Grundlage. Die Sitzung wurde eröffnet. Reichswehrminister Geßler vernahm sofort die Teilnehmer, ließ sie teilnehmen und dem Polizeipräsidium zuführen. Heute vormittag wurde die Vernehmung fortgesetzt.

Berlin, 16. April. (W.B.) Das Reichswehrministerium teilt mit: Bei der Reichsregierung liegen gestern am späten Nachmittag Nachrichten ein über eine Zusammenkunft, die im Reichswehrministerium 8 Uhr abends stattfand, zu der namentlich genannte Offiziere, die größtenteils dem Reichswehrgruppenkommando 1 angehören und radikal gerichtete Arbeiterführer gehören. Die militärischen Teilnehmer an dieser Sitzung wurden durch ausführliche Angaben erheblich belastet. Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Dienstzimmer des Hauptmanns Viebahn stattgefunden. Es haben daran teilgenommen die Hauptleute von Viebahn und Bohnsadt, der Kapitänleutnant von Altvater und Leutnant von Viebahn, ferner ein Zivilingenieur Meyer (unbekannt, kürzlich aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt), sowie die Herren Bettram (nach seinen Angaben Gründer des Vereins der Frontsoldaten) und Kahlert (nach seinen Angaben Urmacher aus Groß-Lichterfelde). Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung aufheben und hat noch persönlich im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernommen. Er hat alsdann angeordnet, daß die, mit Ausnahme des Hauptmanns Bohnsadt, der nur einem Dienstbefehl zufolge an der Sitzung teilnahm, an der Sitzung Teilnehmenden bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit in dem Polizeipräsidium in Berlin in Schutzhaft zu halten sind. Die Untersuchung, die der Staatskommissar für öffentliche Ordnung leitet, wird heute Vormittag durch Gegenüberstellung der Belastungszeugen mit den Teilnehmern an der Sitzung schnellstens fortgesetzt. Neben dem Tatbestand und den anderen Umständen der Teilnehmer wird festgestellt sein, ob noch andere Personen zu dieser Sitzung geladen waren, die aus irgend welchen Gründen nicht erschienen sind.

Berlin, 16. April. Die späteren Abendblätter teilen mit, daß die Verhaftungen im Reichswehrministerium eine harmlose Aufklärung finden würden, doch dauern die Vernehmungen der Beteiligten fort.

Freilassung der Inhaftierten.

Berlin, 16. April. (W.B.) Aus dem Polizeipräsidium wird uns mitgeteilt: Der Polizeipräsident Richter, dem in seiner Eigenschaft als Regierungskommissar für den Landespöbelbezirk Berlin die Entscheidung über Schutzhaftangelegenheiten zusteht, hat es abgelehnt, die Schutzhaft gegen die vom Reichswehrminister in der Nacht zum Freitag früh im Anschluß an eine Besprechung im Wehrministerium festgenommenen Offiziere und Zivilpersonen zu verhängen. In den eingehenden Vernehmungen, die im Polizeipräsidium stattgefunden haben, ist keinerlei Beweis dafür erbracht, daß die im Reichswehrministerium stattgehabte Zusammenkunft der festgenommenen Personen einen Umsturz der Regierung zum Ziel hatte oder daß sie sonst in irgendeiner Weise geeignet gewesen wäre, die öffentliche Ordnung, Ruhe oder Sicherheit zu gefährden. Der Polizeipräsident hat daher die Freilassung der Festgenommenen veranlaßt.

Die politische Farbe der Beteiligten.

Berlin, 16. April. (W.B.) Zu der Meldung über die Verschwörung im Reichswehrministerium berichtet das Berliner Tageblatt: Die radikal gerichteten Arbeiterführer, von denen in der Meldung die Rede ist, gehören der sogenannten „Kommunistischen Arbeiterpartei“ an, die neben kommunistischen Anschauungen nationalistische Ideen vertritt, die nach dem Programm des Dr. Lauffenberg in Hamburg die Weltrevolution durch ein militärisch-imperialistisches Vorgehen der Kommunisten in die Wege leiten will. Im Gegensatz zu ihr steht, die alte kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). Der in der Meldung genannte Bettram wird für den Bund der Frontsoldaten. Dieser ist einerseits radikalsozialistisch, andererseits äußerst nationalistisch gerichtet. Unter anderem fordert er die Regierung der Frontsoldaten hinter dem Bunde steht aber nur ein kleiner ganz geringer Teil alter Frontsoldaten und Kriegsbeschädigten.

Der Rapp-Putsch und die Kohlenförderung.

Die „Berliner Redaktion“ schreibt: Während die durchschnittliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet elf Tage vor dem auch wirtschaftlich überaus verhängnisvollen Rapp-Putsch täglich 294 000 Tonnen betrug, ist die durchschnittliche Tagesförderung im gleichen Zeitraum nach dem Rapp-Putsch auf 167 000 Tonnen zurückgegangen. An drei Tagen, und zwar am 15., 16. und 17. März betrug die tägliche Förderung sogar nur 11- bis 48 000 Tonnen. Der Gesamtförderungsausfall, den der Rapp-Putsch verursacht hat, beträgt 1 400 000 Tonnen. Dieses Quantum entspricht ungefähr jener Kohlenmenge, die wir nach den ermäßigten Friedensbedingungen monatlich an die Entente abzuliefern haben.

Die Verhaftung Rapps in Schweden.

Stockholm, 16. April. (W.B.) Nach einer Meldung der „Aftonbladen“ ist Dr. Rapp in Söderfäls angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das in Schonen landete, worauf er die Reise mit der Bahn in nördlicher Richtung fortsetzte. Seitens des Hotels wird mitgeteilt, daß Rapp am Mittwoch in Stockholm ankam und in einem Hotel unter dem Namen Dr. von Rantz auf der Reise von Deutschland über Walmö, Wohnung nahm. Den Zweck der Reise habe er nicht angegeben. Heute mittag kamen zwei Detektive aus Stockholm in Söderfäls. Der angebliche Dr. von Rantz erklärte ihnen, wer er sei. — Um 3½ Uhr nachmittags begaben sich die Detektive zusammen mit Rapp im Automobil nach Stockholm.

Stockholm, 16. April. (W.B.) Als die Polizei in Söderfäls heute den Paj des Dr. Rapp untersuchte, stellte sie heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Rapp um 2 Uhr festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen und wurde dann im Auto nach Stockholm gebracht, wo er durch die Kriminalabteilung einem Verhör unterzogen wurde. Die Polizei will sich jedoch noch nicht über das Ergebnis aussprechen. Der Polizeimeister kann sich noch nicht darüber äußern, inwieweit von einer Einlieferung ins Gefängnis oder einer Ausweisung die Rede sein kann.

Weiteres aus den Protokollen der Putschisten.

Der Vormarsch legt die Veröffentlichung der aufgefundenen Beratungsberichte der Offiziersgruppe, die in Bayern den Rapp-Putsch ebenfalls vorbereiten vorgeliebt verurteilt hatte, fort. Man erkennt schon daraus, daß als Vertreter der obern bayerischen Blöcke ein Major, zwei Hauptleute und ein Oberleutnant genannt werden, daß die Verschwörung nicht in den Händen älterer, erfahrener Militärs lag. Die Unzulänglichkeit der Beteiligten zeigt sich schon darin, daß diese ganzen Protokolle, und vor allem die Namenlisten, nicht vernichtet worden waren, als der Putsch in Berlin mißlungen war. Wie können Leute, die ihr eigenes Unternehmen so überaus schlecht anfaßen — zu unser aller Glück —, wie können sie sich anmaßen, die Geschichte des Gesamtvolkes in die Hand nehmen zu wollen! Die nun also der Regierung und der sozialistischen Parteiorganisation ausgelieferten Schriftstücke nennen auch die Namen einiger gewichtiger Persönlichkeiten, von denen wohl anzunehmen ist, daß sie sich dazu auch äußern werden. Genannt werden der bayerische Gaueinführer Dr. Heim, der sich angeblich zur Bildung und Übernahme einer neuen Regierung bereit erklärt haben soll. Dr. Heim soll eine Verständigung mit Frankreich für möglich gehalten haben. Die Bereitstellung von Lebensmitteln für die im Mai in Bayern zu erwartende Hungersnot erklärte er für die dringendste Forderung. Die Sitzung in der dies alles besprochen wurde, fand am 21. Februar in Dr. Heims Wohnung zwischen ihm und dem Hauptmann Berthold und dem Oberleutnant Ruhn statt. Das Protokoll ist von Berthold unterzeichnet. In einer am 23. Februar in München von den Vertretern der vier Blöcke und Hauptmann Berthold sowie Major Bischoff abgehaltenen Besprechung wurde Graf Krofft von Delmeningen zum bayerischen Diktator ausgerufen. Wie dieser selbst sich hierzu stellt, erzählt das Protokoll nicht. In ähnlich unbestimmter Form wird für Preußen eine Diktatur Ludendorff in Betracht gezogen. Am 24. Februar fand eine Sitzung bei Erzelenz von Schach statt.

Golz.

Prag, 16. April. (W.B.) Aus Eger wird gemeldet, daß der Rätehauptmann Polz heute früh aus Klingenthal flüchtete und sich im nordböhmischen Kohlenrevier befinden dürfte.

Abtransport französischer Truppen aus Frankfurt.

Frankfurt, 15. April. Heute sind ein Pionierbataillon und ein trossführendes Kolonialregiment mit der Eisenbahn von Frankfurt abtransportiert worden. Die Abfertigung am Hauptbahnhof ist aufgehoben und außerdem sind eine ganze Reihe weiterer Postierungen angeordnet worden.

Die Räumung des Ruhrgebiets von Truppen.

Berlin, 16. April. (WZ.) Die von der französischen Presse verbreitete Nachricht, daß 3000 Mann neuer Reichswachttruppen in die neutrale Zone des Ruhrgebiets eingerückt sind, ist falsch. Es ist im Gegenteil Tatsache, daß die Truppenzahl der neutralen Zone andauernd herabgemindert wird. Mehrere Batterien sind bereits zurückgezogen worden und weitere Truppen sind zum Abtransport bereitgestellt.

Neue wirtschaftliche Schädigung Deutschlands durch Frankreich.

Berlin, 16. April. Frankreich bereitet, wie der „Tägl. Rundschau“ aus München gemeldet wird, eine neue schwere wirtschaftliche Schädigung Deutschlands vor. Es handelt sich darum, daß Frankreich daran geht, die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete möglichst auf privatem Wege zu veranlassen. Zu diesem Zweck sind bereits französische Agenturen in Köln und Wiesbaden errichtet worden. Die Reichsregierung hat dagegen protestiert und entsprechende Maßnahmen getroffen.

„Der böse Wille“ Deutschlands.

Paris, 16. April. (WZ.) Havas meldet: Der französisch-englische Zwischenfall hat Deutschland nur in seinem Widerstand gegen die Ausführung des Friedensvertrages befestigt. Es zeigte eine völlige Misachtung gegenüber den anderen Mitunterzeichnern des Vertrages. Gesehen, so wird aus London berichtet, soll Lord Curzon energische Schritte beim deutschen Geschäftsträger in London gehabt haben, um eine Zurücknahme der überzähligen Truppen aus dem Ruhrgebiet zu erreichen. Heute kommt in Paris eine neue Nachricht an, in der die englische Regierung die anderen Alliierten zur Mithilfe bei einer Gesamtinitiative auffordert, bei welcher von der Berliner Regierung die strenge Befolgung der Vertragsklauseln bezüglich der Entwaffnung verlangt werden soll. Falls diese Forderung nicht angenommen werde, werde die gesamte Lebensmittelförderung für Deutschland eingestellt. Über diesen Punkt hatte Lord Derby mit Frankreich eine lange Unterredung. Zu der Vorschlagskonferenz, in der auch diese Angelegenheit diskutiert wird, hat auch die italienische Regierung einen Vertreter entsandt. Trotz des Schweigens, in das sich die politischen Kreise hüllen, scheint es doch, als ob Lord Derby dazu bestimmt wäre, die französische Regierung aufzufordern, an dem Schritt Englands teilzunehmen. Die französische Antwort kann ja hier nicht zweifelhaft sein. Diese Initiative der alliierten Mächte muß angesichts des bösen Willens Deutschlands nur gebilligt werden. Alliierte Beobachter, die aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrt sind, sagen aus, daß die Bewegung dort niemals einen bolschewistischen Charakter angenommen habe. Andererseits wird uns mitgeteilt, daß die durch die Berliner Regierung in das Ruhrgebiet geschickten Truppenabteilungen beträchtlicher sind, als die den Alliierten angegebene Zahl. Das erste Problem, das die alliierten Staatsleiter also zu lösen hätten, wäre die baldige Entwaffnung Deutschlands.

Die Folgen der Ententethraune in Oberschlesien.

Oppeln, 16. April. (WZ.) Der durch die internationale Kommission über Oppeln verhängte verschärfte Belagerungszustand, der das Betreten der Straßen nach 9 1/2 Uhr abends verbietet, führte am Donnerstagabend zu zahlreichen Verhaftungen von Einwohnern durch die Besatzungstruppen. Unter den Verhafteten befinden sich auch Arbeiter, die von der Arbeit kamen und mit Reisepfaffen und Kolben nach ihrer Verhaftung mißhandelt wurden. Demzufolge traten heute die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in den Streik. — Zuverlässigen Nachrichten zufolge wendet sich die polnische Berufsvereinigung der Arbeiterschaft in Oberschlesien von der Korfantischen ab und geht mit den deutschen Gewerkschaften. Sie mißbilligt das Vorgehen der französischen Truppen. Der Ausbruch des Streiks im ganzen oberschlesischen Industriegebiet ist nur eine Frage der Zeit.

Mache Deine Seele frei!

Roman von Erich Ebenstein.

(88)

(Nachdruck verboten.)

„Im — gegen ürtig, lüftet eine sonderbare Wärme von ihm — gestern beim fies o'lock der Gräfin Jang war die Rede davon: ...“

„Ja? Gott, es war so 'ne Frage — interessieren? Was denken Sie —? Geht's mich etwa an, wenn der Mann so närrisch ist, heiraten zu wollen?“

Er begann plötzlich wie verrückt im Zimmer herumzu rennen. Es war ein Glück, daß man der zu malenden Fresken wegen einen großen Teil der Möbel entfernt hatte, denn Erler achtete nicht auf das, was ihm im Wege stand. Rücksichtslos stieß er Stühle beiseite und hätte die Leiter sicher umgerannt, wenn Dorby sie nicht schleunigst in eine Ecke geschoben hätte.

Dabei fuchtelte er mit Händen herum und stieß abgerissene Sätze heraus.

„Heiraten? Vollgültig verboten sollte es der Staat! Jawohl — Liebe — Liebe — da denkt man wunder weh wie erhaben davon, und dann ist alles Blech! — Meine Einwilligung? Haha — ohne die geht es doch nicht — übrigens sehr gerne, gnädige Frau! Mit dem größten Vergnügen! Sie brauchen weder „bitte“ noch „danke“ zu sagen.“

„Erler!“ tief Graf Dorby, dem die ganze Sache eben so unheimlich wie unverständlich war. „Was ist über Sie gekommen? Sie rasen — oder sind Sie krank?“

Erler fuhr sich dur' die braunen Locken, zerrte nervös an seinem Spitzbart und begann dann mechanisch Pinsel und Palette zu reinigen.

Rechtsorientierungsbemühungen im rheinischen Zentrum.

AS in, 16. April. Ein vorläufiger Vorstand mit Zentrumsnamen von Klang in den Rheinlanden erläßt einen Aufruf an die christlichen Gesinnungsgenossen zur Bildung eines festen Blocks der christlichen Volksparteien. In dem Aufruf wird gesagt, man könne nicht mehr länger zusehen, wie im Zentrum eine Einseitigkeit zur Herrschaft gelange, die eine Umorientierung im Sinne linkssozialistischer Tendenz bedeute. Die Verhängnispolitik, die das Zentrum unter Führung Erbergers 1917 begann und die in dieser Politik zum Bündnis mit der Sozialdemokratie führte, sei tief bedauerlich. Der Aufruf fordert u. a. volle Selbständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Gliedstaaten.

Das Urteil im Adlon-Prozess.

Berlin, 16. April. (WZ.) Heute wurde von der 6. Strafkammer des Landgerichts I wegen der bekannten Vorfälle im Hotel Adlon das Urteil gefällt. Entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft wurde Prinz Joachim Albrecht wegen versuchter Mordtötung zu 500 Mark Geldstrafe, Rittmeister v. Platen, ebenfalls wegen versuchter Mordtötung, zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Urteil gegen den Prinzen Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg, gegen den der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis beantragte, lautete auf 1000 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung.

Berlin, 16. April. (WZ.) In der Begründung der Urteile wegen der Vorgänge im Hotel Adlon heißt es, es habe sich, daß Prinz Joachim Albrecht aufgestanden und „Heraus!“ gerufen, ein Weinglas und mit Lichtern geworfen. Rittmeister Platen habe sich des gleichen Verbrechens schuldig gemacht, indem er von seinem Tisch gerufen und drohend die Faust geballt habe. Der Prinz zu Hohenlohe-Langenburg sei der Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges schuldig. Als ein solches sei der Schuh, mit dem er auf den französischen Offizier eingeschlagen habe, anzusehen. Nicht erwiesen sei, daß er gewußt habe, einem Mitglied der französischen Mission gegenüberzustehen.

Das Urteil gegen den Verleumder Scheidemann.

Berlin, 16. April. (WZ.) Die Strafkammer verurteilt gestern den Journalisten Kurt Rhodin wegen Betrugs und verleumderischer Beleidigung des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann zu 9 Monaten Gefängnis. Rhodin, der belgischer Untertan ist, hatte in Zeitungsartikeln „Neues zum Fall Scharf“ Scheidemann, Graf Brodorsky-Rangau usw. beschuldigt, große Terrains in Nordfriesland erworben und zwecks besserer Verwertung die Vereinigung dieses Gebiets mit Dänemark betrieben, sowie an Scheidemanns teilgenommen zu haben. Der Angeklagte vermochte sich den geringsten Beweis zu erbringen und mußte zugeben, daß er die von ihm niedergeschriebenen Beschuldigungen, die Scheidemann seinerzeit dem sozialdemokratischen Untersuchungsausschuß vorgelegt hatte, in der Wohnung seines Verlegers Baumeister in die Schreibmaschine diktieren hatte. Baumeister wurde wegen des Verdachts der Teilnahme an einer strafbaren Handlung nicht verurteilt. Die Verurteilung Rhodins erfolgte, obwohl Scheidemann die Strafkammer ausdrücklich bat, den unglücklichen Menschen nicht zu hart zu behandeln.

Der Streit um Bismarcks Erinnerungen.

Stuttgart, 16. April. (WZ.) Im Rechtsstreit Wilhelm II. gegen die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung wegen der Herausgabe des 3. Bandes von „Bismarcks Erinnerungen und Gedanken“ wurde, wie das „Stuttgarter Neue Tageblatt“ berichtet, von dem Zivilsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart folgendes Urteil verkündet: Unter Zurückweisung der Berufung wird die einstellige Verfügung erhalten, mit der Änderung, daß die beiden sogenannten Handbilletts in Wegfall kommen. Die sämtlichen Kosten hat die Cotta'sche Verlagsbuchhandlung zu tragen.

Heimkehr der Gefangenen aus Rumänien.

Berlin, 16. April. (WZ.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Am 18. April 1920 wird ein Lazarettzug Deutschland verlassen, um die noch in Rumänien verbliebenen deutschen Gefangenen heimzuführen. Mit dem Wiedereintreffen des Lazarettzuges in Deutschland dürfte in etwa fünf Wochen zu rechnen sein. Der Lazarettzug wird von Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz begleitet.

Wilson.

Paris, 16. April. (WZ.) Der „Temps“ sagt, daß in amerikanischen Kreisen die Nachricht eingegangen sei, daß

der Gesundheitszustand des Präsidenten Wilson gegenwärtig besser als seit Beginn seiner Krankheit sei.

7. Generalsynode der evangelischen Landeskirche.

Berlin, 15. April. Die Sitzung wird 4 1/2 Uhr mit Gebet des Sup. D. Weigel eröffnet. Die Versammlung gedenkt des soeben verstorbenen Mitgliedes Sup. Harbauer. Es wird ein Ausschuss für das Verhältnis von Kirche und Schule gewählt.

Es werden einige Vorträge des Ausschusses für Innermission behandelt.

Syn. Dr. Weber berichtet über die Evangelischen Arbeitervereine. Innerhalb der Landeskirche gehörten 1919 837 Vereine mit 113 564 Mitgliedern zum Gesamtverband. Er kennzeichnet ihr Wesen als religiöse, soziale und nationale Bewegung ohne irgendwelche politische oder kirchliche Parteifarben. Eine Entschließung erkennt ihre Tätigkeit als dankbar an und wünscht der Bewegung weiteren Fortgang. Syn. Weber beantragt, Spezialisten auszuwählen, die auf dem Gebiete der Arbeiter-, der Jugend- und der Sittlichkeitsbewegung theoretisch und praktisch arbeiten. Sup. D. Gennrich würdigt das Wirken der christlichen Arbeitervereine und bittet namens des Syn.-Ausschusses für Innermission entsprechend einem Antrag der Westfälischen Syn., daß bei den Vorarbeiten zur neuen Verfassung geordnete Vertretung der Inneren Mission auf allen kirchlichen Stufen ins Auge gefaßt wird. Gen.-Sup. Zocher wünscht deshalb auch die Vertretung der Inneren Mission auf der verfassunggebenden Kirchensynode. D. Zocher und Konf.-Rat Dr. Kapler u. a. erheben Bedenken, ausdrücklich dem Verfassungsausschuß vorzuschlagen.

Es folgen Vorträge des Finanzausschusses. Syn. Schmelting berichtet über Schwierigkeiten, die sich ergeben bei der Heranziehung von Personen mit doppeltem Wohnort zur Kirchensteuer. Syn. Dr. Schäfer-Königsberg berichtet über den Wunsch des E.O.N., daß die Gemeinden die Gemeindefürsorge, die durch den Hilfsfonds für kirchliche Zwecke beibehalten werden, weitere Mittel selbst beschaffen.

Mit größter Teilnahme und Spannung wird der Bericht des Konf.-Rats Stenmiller-Pöhl über die Beziehungen der kirchlichen Verhältnisse in den zur preussischen Kirche gehörigen abgetrennten Gebieten entgegengewonnen. Vorüber auch gedruckte Mitteilungen des Oberkirchenrates vorliegen. Die Kirchenbehörden und Gemeinden stellen Forderungen: Keine Änderungen der kirchlichen Verwaltung der Rechte der Gemeinden, der Pastoren und Kirchenregimente. Der Berichterstatter gibt ergreifende Schilderungen von den politischen Unterdrückungen der evangelischen Kirche und der Pfarrer. Pfarr-, Schul- und Gemeindefürsorge sind uns unrechtmäßig geraubt, um die Erhaltung des evangelischen Bekenntnisses in Polen wird nach Kampfe. Unter dem Schein formloser oder gar feindlicher Bestimmungen wird der evangelische Religionsunterricht unmöglich gemacht und der Kirche der Pfarrern entzogen. Jetzt soll das bestehende Konfistorium abgebaut werden; aber, sagt er gutwillig werden wir den nicht aufgeben, auf den uns Gott gestellt hat. Die evangelischen Gemeinden müssen den Zusammenhang mit der Landeskirche behalten. Eine Entschließung, die ein Verfassungsausschuß entworfen werden.

Der Präsident des Oberkirchenrates ergänzt unter krassem Beifall der Synode die Ausführungen durch ein weises auf die andern abgetrennten Gebiete, und Prof. stellt den Widerhall fest, den das Gebot in den Gebieten hat. Er dankt der Kirchenbehörde für ihre Ermahnungen in der schwierigen Lage und bietet den Glaubensgenossen draußen den Gruß inniger Verbundenheit.

Es kommen nacheinander die Vertreter der vertriebenen abgetrennten Gebiete zu Wort: E. Gummel für Ostpreußen, Pöhl für Litauen, Kold für das Saargebiet, Kaldewitz für Pommern, Müller-Kreuzburg für Oberschlesien, Danzberg für das westpreussische Abtretungsgebiet. Alle danken den Willen an der Gemeinschaft mit der preussischen Kirche festzuhalten und bringen zum Teil ergreifende Schilderungen der Lage, aber auch der Erfolge treuen Ausbaus. So gestaltet sich die Aussprache in Güt und Gegengabe gegenseitigem Gelöbnis zu einer großen Kundgebung evangelischen Deutschtums. — Der letzte Gegenstand Tagesordnung wurde an den Finanzausschuß verwiesen. Nächste Vollversammlung am 16. April, nachmittags 4 Uhr.

heimnisvolles Schweigen und lächelt nur vörliegend, man ihn fragt. Tatsache ist aber, daß er sein Schweigen nicht zu brechen sucht.

„Kennen Sie die Dame?“ „Jawohl. Sie wurde mir einmal bei Feils unter dem Namen „Korane“ vorgestellt. Eine hübsche, aussehende Person mit blondem Haar und sehr blauen Augen.“

„Da wissen Sie vielleicht auch, ob die Dame einwandte des Malers Richard Erler?“

„Richard Erler? Kenne ich nicht!“

„Eines der jüngsten Talente, die München jetzt besitzt. Das heißt, so sehr jung ist er ja nicht, er ist nur inzwischen einige Jahre als Professor in einer Akademie — wie heißt das jetzt? Richtig, Schloßstadt.“

„Erst füllte er wieder um, ging nach München und dort mit seinem „Prometheus“ einen durchschlagenden Erfolg. Gegenwärtig malt er in meinem Palais, und ich habe für meine Expedition als Reisebegleiter zu gewinnen.“

Die kleine Baronin legte den Finger an die Nase. „Ahem — hat ihn schon! Schloßstadt! Richtig und Professor. Das muß Frau Erlers Mann sein.“

„Hilf — die Engländerin, welche bei Feils unterzeichnete — erzählte mir einmal im Vertrauen der Erler ihre Geschichte. Sie kam aus Schloßstadt, war dort mit einem Verheirateten, die Ehe heimlich — endlich — hat sie sich eben! Der Mann ist jetzt in Wien? Finden Sie nicht furchtbar pilant vom Zufall, Graf? — Wenn Sie beiden nur so unerwartet irgendwo trafen in der Schloßstadt, daß Feils heute an die Reviere reisen, da Sie tief interessiert.“

Seine Frau also!

Der gute Graf Dorby konnte den Gedanken der Abend aber nicht los werden. „Amer Kerl! — er so verheiratet. Gewiß liebt er sie noch immer.“

Spät abends klopfte er noch an des Malers Es war eine unheimliche Angst in ihm und ein Gefühl der Teilnahme, das ihm fortwährend durch den Kopf ging. Er durfte sich nicht selbst überlassen. Er braucht ein Mensch in seiner Lage jetzt einen Freund. (Fortsetzung)

Lokal und vermischter Teil

Limburg den 19. April 1920.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Samstag im Gäßchen Weg ereignet. Ein Militärtransportwagen mit einer Gruppe plebeischer Kinder, die auf das Barockschloß zur Seite wichen. Im letzten Augenblick suchte jedoch das siebenjährige Lächelchen des Schloßers Goldschmidt die Straße nochmals zu überqueren und wurde — obwohl der Lenker das Fahrzeug sofort bremste — erfasst, zu Boden gedrückt und am Kopf schwer verletzt. Die Wunde wurde alsbald dem Vinzenz-Hospital zugeführt, wo kleine in bedenklichem Zustande darniederliegt. Eine fremde Dame, die den Vorfall mit ansehen, erbot sich sofort der Polizei Mitteilung zu machen und zu bezeugen, daß der Wagenlenker keine Schuld trifft, daß das Fahrtempo durch die Warnung der Kinder rechtzeitig gegeben wurde und der Wagen im Augenblick der Gefahr so rasch als möglich zum Stillstand gebracht wurde.

Ein ganz geliebter Gauer ist am Samstag hier in Limburg aufgelaufen und hat sich im Handumdrehen in den Besitz von ein paar eleganten gelben Schuhen gesetzt. Und das ging so: Kommt da in den Schuhladen Herde in der Frankfurter Straße ein müder Wandersmann, der sich beim Abstieg von der aussichtsreichen Höhe des Greifenbergs einen Molch losgetreten und bittet um eine schnelle Reparatur. Auf einmal kam ihm aber der Gedanke, daß es doch taktischer sei, für die abgetretenen Galoschen doch gleich ein ganz neues Paar zu erwerben. Und so probierte man denn ein Paar funkelneue „Gelbe“ an, von denen der Ladenbesitzer vorsichtigerweise gleich mitteilte, daß sie zwar wirklich vorzüglich, aber freilich ein bißchen teuer seien und dare 600 Mark lösteten. „Du lieber Gott, bei uns in Frankfurt müßte ich mindestens 800 dafür bezahlen!“ sagte der gute Kunde und gleichzeitig schien er draußen einen guten Bekannten zu entdecken, denn er sprang zur Tür und: „He, wart doch mal!“ — Schwaps war er draußen und — lief, was er laufen konnte. Der Schuhmacher hatte die Situation alsbald begriffen und machte sich sofort an die Verfolgung, an der sofort noch freiwillige Hilfskräfte teilnahmen. Das war eine Jagd... Man blieb dem Spitzbuben immer fest auf den neuerworbenen Haden, der im Sturmschritt dem Greifenberg zustrebte, immer vor sich herrufend: „Dann wart doch, dann wart doch nur...“ Aber die neuen „Gelben“ müssen wirklich brillant gewesen haben, denn trotz anermühter Verfolgung über Stod und Stein gewann der Ausreißer allmählich Vorsprung und als er das hintere Molch erreicht hatte, war die Jagd aussichtslos geworden. Dem gestreuten Schuhladenbesitzer waren als Ersatz für die verlorenen „Gelben“ außer einer lehrreichen Erfahrung nur noch ein Paar alte Galoschen mit einem abgetretenen Abfall geblieben.

Verhaftungen. Unverbesserliche Diebe schwinen die beiden Limburger C. und K. zu sein, die bei den Limburger Einbrüchen im vorigen Herbst die Hauptrolle spielten, dann von der Strafkammer zu längerer Freiheitsstrafe verurteilt, unerwarteterweise aber vor der völligen Verbüßung wieder freigelassen wurden. Nun haben sie in Wiesbaden bei schweren Villeneinbrüchen, im Schloß Georgenborn und anderswärts, die alte Kunst als Mitglieder einer ganzen Bande wieder geübt. Die gestohlenen Werte an Wäsche, Portieren und anderem Gut gingen hoch in die Tausende. Nun ist die Bande gellappt worden und bei der Vernehmung erfuhr man dann so nebenbei, daß denselben Konjunktum auch ein großer Hütendiebstahl in Limburg aus dem Monat Februar zur Last zu legen ist. Ob die letzten Einbrüche hier auf dasselbe Konto kommen, wird sich vielleicht noch herausstellen.

In Haft genommen wurde ferner der Limburger „Pferdemeßger“ Josef H., der am Bahnhof ein paar in Montabaur mittels Einbruch gestohlener Pferde nach Frankfurt verladen wollte. — Des weiteren wurde ein Bediensteter des zurzeit hier weilenden Zirkus festgenommen, der sich schwerer Einbruchdiebstahl in Breslau schuldig gemacht hat.

„Fußball“ und Leichtathletik. lautet das Thema eines Lichtbildvortrages, den im Auftrag des 1. Limburger Fußballklubs 1907 Dr. Walter Saub aus Dortmund am Dienstag abends in der Turnhalle halten wird. Siehe Anzeige.

Mieterschuldschein. Am Freitag, den 23. April d. J., findet eine außerordentliche Generalversammlung des Mieterschuldscheins, Limburg, in der Turnhalle statt. Die Tagesordnung wird in den nächsten Tagen noch durch ein Inserat bekannt gemacht.

Friedberg, 14. April. Der bei dem Zusammenstoß mit einer französischen Batterie bei Oberbühlstadt verwundete Reichswehr-Leutnant Graf Kolwin, der seinen Wunden erliegen ist, wurde unter gewaltiger Teilnahme der Bevölkerung von der hiesigen Weichenhalle nach dem Bahnhof überführt und von hier mit einem Zuge in die Heimat zur Beilegung verbracht.

Buzbach, 15. April. Vor einigen Tagen wollte der Wälschentrugänger Major Heinemann von Bad Homburg in Buzbach i. D. am Auftrage der Gemeinde das Gelände nach Wasserborromun zu erschließen. Die Bohrungen an den angegebenen Stellen wurden sofort in Angriff genommen und zeigten bis jetzt geradezu glänzende Resultate. An einer Stelle, wo kaum Wasser zu vermuten war, wurde ein Vorkommen, das über 120 Kubikmeter im Tage nach den bisherigen Feststellungen zu liefern vermag, erschlossen, und an einer anderen Stelle dürfte die Ergiebigkeit noch viel größer sein. Interessant ist, daß Major Heinemann auch die ungefähre Tiefe der Wasser führenden Schicht angibt und dies hat bei dem einen Bohrloch genau und bei dem zweiten nur mit geringer Abweichung zugefallen.

Heuburg, (Elbe), 16. April. (W.T.B.) Heute nacht sind die umfangreichen Zolniederlagen, in denen große Vorräte an Futter- und Nahrungsmitteln lagerten, niedergebrennt. Der Schaden beträgt ohne den Gebäudeschaden etwa 25 Millionen Mark. Die Ursache des Feuers konnte bisher nicht festgestellt werden.

Longau, 16. April. (W.T.B.) In dem belgischen Grenzort Aubange ist ein deutsches Granatendepot in die Luft gesprungen. Es gab 7 Tote.

Wie die Zigarettenmarken aussehen. Die neue Tabaksteuer soll bekanntlich, wie bisher die Zigarettensteuer, für alle Arten von Tabak durch Stempelzeichen eingezeichnet werden. Die Marken werden für Zigaretten grün bedruckt, für Kautabak und Zigaretten blau, für feingekürzten Rauchtabak grün, für Pfeifentabak rot, für Schnupftabak violett und für Zigarettenfüllen orange. Die Zigarettenmarken enthalten am oberen Rande die Inhaltsangabe nach Stückzahl und Art, darunter die Angabe des Kleinverkaufspreises für eine Zigarette, ein weiteres Feld, das beim Öffnen der Packung zerrissen wird, usw. Auch bei

den übrigen Tabakarten wird der Kleinverkaufspreis angegeben, bei Zigaretten für 1 Stück, im übrigen für 1 Kilogramm.

Was ausländische Zeitungen jetzt kosten. Der „Berliner Bund“ macht bekannt, daß vom 1. April an der Abonnementspreis für die Zeitungen in Deutschland 127 Mark für das Vierteljahr beträgt. Die Zeitungen stehen infolge davon dem Verkauf zahlreicher Abonnenten entgegen, weil diesen jedoch infolge entgegenkommen, als sie bei einem täglichen Bezug unter Kreuzband einen Vierteljahrespreis von 60 Mark anbieten. — Auch in Belgien haben sich jetzt die Zeitungen infolge der gewaltig gestiegenen Herstellungskosten veranlaßt gesehen, den Abonnementspreis wie den Einzelverkaufspreis erheblich zu steigern. Auch dort ist das Zeitungspapier um etwa 20 Centimes das Kilo vor dem Krieg auf 250 Franken und mehr gestiegen. — Die in Köln erscheinende „Cologne Post“ kostet unter Kreuzband bezogen 40 Mark monatlich.

Einfuhr ausländischer Weine. Ausländische Weine, welche am 30. November 1919 im besetzten Gebiet als deutsches Eigentum lagerten und bereits bezahlt waren, können auch heute noch beschlagnahmefrei überführt werden, wenn sie der Weinhandels-Gesellschaft Berlin, Neue Wilhelmstr. 2, bis zum 21. Dezember 1919 rechtmäßig angemeldet worden waren. Nur wenn der Wein dieser Stelle gemeldet ist, kann die Ware vor Umleitungen und vorläufigen Beschlagnahmen geschützt werden. Eine besondere Nachricht von jeder einzelnen Sendung an den Bevollmächtigten der Reichseinfuhrstellen in Berlin ist nicht mehr erforderlich. Weine, welche in der Zeit vom 1. Dezember 1919 bis zum 6. Februar 1920 ins besetzte Gebiet eingeführt wurden, werden bei ihrer Überführung ins unbesetzte Deutschland, wie bisher, beschlagnahmt. Dem Betroffenen wird ein Uebnahmepreis gezahlt, wenn er die Ware bei dem Bevollmächtigten der Reichseinfuhrstellen in Köln bis zum 17. April angemeldet hat. Ist die Anmeldung nicht erfolgt, oder sind die Weine erst nach dem 6. Februar eingeführt, werden sie als für das Reich verfallen erklärt. Ferner hat die Gabelle darin eingewilligt, daß vom 18. April ab auch für das besetzte Gebiet in allen Fällen Einfuhrbewilligungen erforderlich sind. Die Einfuhrbewilligungen für Wein werden von dem Bevollmächtigten der Reichseinfuhrstellen in Berlin ausgestellt, nachdem die Weinhandels-Gesellschaft ihm gegenüber die Einfuhr für berechtigt erklärt hat. Berechtigt sind zurzeit nur Einfuhren, welche aufgrund eines von der Gesellschaft zugewiesenen Kontingents erfolgen.

Ueber den diesjährigen Zuckerrübenpreis ist nunmehr zwischen den Landwirten und den Zuckerrübenfabriken eine Verständigung dahin erzielt worden, daß die Zuckerrüben als Mindestpreis 32 Mark für den Doppelzentner zählten. Wenn die Regierung jedoch eine weitere Erhöhung der Zuckerrübenpreise vornimmt, wird der Rübenpreis entsprechend steigen.

Schleichhandel mit Thomasmehl. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller teilt folgendes mit: Vor einigen Wochen wurde durch das Reichswirtschaftsministerium Klage geführt, daß vielfach, namentlich an den kleinen Landwirten, minderwertiges Thomasmehl zu hohen Preisen verkauft wird, und um Vorräthe gebeten, wie der Schaden abgeschätzt werden kann. Bei der Wichtigkeit des Thomasmehls für unsere deutsche Landwirtschaft haben sich die niederrheinischen wirtschaftlichen Stützwerke kürzlich mit der Frage befaßt. Es wurde dabei Uebereinstimmung erzielt, daß die Hüttenwerke zum Schutze des ehrlichen Handels mit Thomasmehl beim Verkauf der Abfallerzeugnisse, Martischladen, Konverterauswurf, den Klüften zur Nicht zu machen haben, diese Abfallstoffe nicht zu Düngemitteln verarbeiten zu lassen und sich davon zu überzeugen, daß dieser Bedingung auch entsprochen wird. Eine solche scharfe Bestimmung und strenge Durchführung scheint allein geeignet, den Schleichhandel mit Thomaspophosphatmehl zu unterbinden. Und scheint es nun erforderlich, die Landwirte unter Hinweis auf die vorgekommenen Betrugsereignisse dringend vor dem Ankauf von Düngemitteln von unbekannten Verleuten zu warnen. Die Landwirtschaftskammer gibt von dem Beschluß der niederrheinischen Stützwerke Kenntnis, damit einerseits der Schleichhandel mit Thomasmehl möglichst unterbunden und andererseits der Landwirt vor dem Ankauf minderwertigen Materials geschützt wird.

Schildläuse an Weinstockspalieren. Der Weinstock am Spalier und der Hauswand wird gerne von Schildläusen beimgeliebt. Sie werden anfangs leicht übersehen, nicht bekämpft und sind endlich in solchen Mengen da, daß ihre Bekämpfung ganz außerordentlich erschwert wird. Man bemerkt dann auf dem Holze dicke, braune, warzenartige Erhöhungen, die wie Lack glänzen. Da sie sich nicht sichtbar bewegen, so werden sie vielfach gar nicht für Tiere angesehen. Um sie zu vertreiben, bürstet man die Reben mit scharfer Bürste ab und befreit sie mit einer 10-20% Schicht Oelbaumlarbolineum. Beim ersten Auftreten ist diese Arbeit leicht. Wird sie verweilt, so erfordert sie große Geduld und Pünktlichkeit.

Die Beschäftigung Schwerbeschädigter. Der Gesetzgeber über die Beschäftigung Schwerbeschädigter hat in den grundlegenden Bestimmungen die Zustimmung des sozialen Ausschusses der Nationalversammlung gefunden, der darüber in zwei Lesungen beraten hat. Die Verpflichtung des Arbeitgebers für bestimmte Arbeitsplätze geeignete Schwerbeschädigte anderen Bewerbern vorzuziehen, ist durch den Ausschuss auf Personen ausgedehnt, die zugleich als Kriegsbeschädigte oder als Unfallverletzte Renten von weniger als 50 v. H. der Vollrente beziehen, wenn die Hundertfache ihrer Rente zusammen mindestens die Zahl 50 ergeben. Wenn die Hauptfürsorgestelle anordnet, daß einzelne Arbeitsplätze für Schwerbeschädigte freizubehalten sind, ist nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch die Vertretung der Arbeitnehmer vorher zu hören. Die Hauptfürsorgestelle ist ermächtigt, die Vollrenten des Gesetzes anderen schwer Erwerbsbeschränkten und solchen Kriegsbeschädigten und Unfallverletzten zuteil werden zu lassen, die eine Rente von 33 v. H. und mehr, aber weniger als 50 v. H. der Vollrente beziehen, wenn sie um ihrer Beschädigung willen ohne die Hilfe des Gesetzes einen Arbeitsplatz nicht finden können. Im Beirat der Hauptfürsorgestelle, die im Einvernehmen mit den betroffenen Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, mit den Organen der Gewerkschaft und den Arbeitsnachweiser das Gesetz durchzuführen hat, haben nach den Ausschlußbeschlüssen die Berufsvereinigungen, die öffentlichen Arbeitsnachweiser und die Vereinigungen Unfallbeschädigter, die in dem Bezirk der Hauptfürsorgestelle vertreten sind, Sitz und Stimme. Der Reichsarbeitsminister, dem auch sonst die maßgebende Stellung zugewiesen ist, erläßt die näheren

Bestimmungen. Für den Zeitraum von sechs Monaten nach dem zwei Wochen nach der Verkündung erfolgenden Inkrafttreten des Gesetzes ist eine Räumung erst nachher, wenn die Hauptfürsorgestelle ihr zugestimmt hat.

Was alles geschehen wird. Die Schieber haben jetzt ihr Arbeitsfeld auch auf das Gebiet des Menschenhandels ausgedehnt. Objekt sind die Bauern und die russischen Kriegsgefangenen. Die Schieber sprechen bei den Bauern vor und bieten ihnen durch Beschaffung von russischen Kriegsgefangenen billige Arbeitskräfte an. Durch „Geschäftsverbindungen“ mit den Kriegsgefangenenlagern und Verteilung zur Flucht gelingt es ihnen, die Gefangenen zu befreien. Für jeden auf diese Weise vermittelten Arbeiter läßt sich der Schieber von dem Landwirt 200 Mark bezahlen. Schon nach einigen Tagen verläßt der Menschenhändler den Gefangenen durch Bezahlung von 50 Mark zum Verlassen seiner Arbeitsstelle und verhandelt ihn auf dem nächsten Tische wieder gegen eine Provision von 200 Mark. Das wiederholt sich zum Schaden der hereingefallenen Bauern. Polizeiliche Feststellungen haben ergeben, daß ein solcher Menschenhändler innerhalb eines Monats sechs russische Kriegsgefangene fünfmal verhandelt und dabei die Bauern um 6000 Mark geprellt hat. Jeder Gefangene erhielt 300 Mark Trinkgeld.

Gerichtssaal.

Schöffengerichtssitzung vom 14. April. In der letzten Schöffengerichtssitzung kamen folgende Fälle zur Verhandlung: Der Landwirt H. E. von E. hatte einen Straßenseit von sechs Wochen Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe erhalten, weil er im Jahre 1919 etwa 2000 Zentner Weizen, 32 Zentner Roggen, 3 Zentner Gerste und 19 Zentner Hafer nicht abgeliefert haben soll. Er erhob hiergegen Einspruch und es wurde erwiesen, daß der Angeklagte das, was ihm eigentlich aufgegeben war, nicht abliefern konnte, da er zu hoch eingeschätzt war. Das Gericht ermäßigt die Strafe auf 1000 Mark Geldstrafe. — Der Schornsteinfeger Joh. B. von C. hat nach seinem eigenen Geständnis am 5. März ein dem Karl B. von A. gehöriges Kind, das er vor einem Geschäft in E. abgeholt hatte, weggenommen und dasselbe für 980 Mark verkauft. Das Gericht erkennt auf einen Monat Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. — Der Arbeiter H. K. von B. wurde im Februar d. J. wegen Velteln von Polizeibeamten aufgefordert, mit zur Wache zu gehen, um die Personalien von ihm festzustellen. Er kam aber der Aufforderung nicht nach, widersehte sich hartnäckig bei seiner Transportierung und mißte gewaltfam von den Polizeibeamten zur Wache gebracht werden. Während der Transportierung versuchte K. noch ein Messer aus der Tasche zu ziehen, was ihm aber gleich abgenommen wurde. Er wurde daraufhin ins Untersuchungs-Gefängnis eingeliefert. Urteil: vier Wochen Gefängnis.

Eingekauft.

Eine kleine Abrechnung

Will der „Rassauer Bote“ mit dem Unterzeichneten abhaken. Meine Herren vom „Rassauer Bote“: Bei falscher Buchführung gibt es auch eine falsche Abrechnung. Sie sprachen von verlogenen Botschaften. O, Sie Schalk! Wer hat denn behauptet, daß das ganze Zentrum nicht recht gewahrt, wie es sich dem Rapptrummler gegenüber verhalten soll? Der Unterzeichnete? Das ist ihm gar nicht eingefallen. Nein, gemeint und genannt waren nur die Zentrumskreise vom „Rassauer Bote“. Aber wie wird mit dem? Mindestens der Herr Reichstags-Correspondent hat gewagt, wie er sich verhalten muß. Denn er kam freudigstehend in die Sekerei: Hurra, die Monarchie! Und Herr Crafshen ist doch gleich vom Fleische des Zentrums! Wer erfindet nun led? Wir oder der „Rassauer Bote“? Wer redet nun „dreißt die Unwahrheit“? Wer greift zu, elenden, albernen Lügen und Verdächtigungen? Diesmal seien die Herren vom Zentrum fest. Weil wir aber gerne unsere Augen nachgewiesen haben wollen und weil wir die schwarzen Herren vom Zentrum gern in blauenweißer Unschuld sehen möchten, deshalb machen wir folgenden Vorschlag: Verfolgen Sie uns wegen unserer Behauptung, daß man vor Freude im „Rassauer Bote“ bald Burschenbäume schlägt, als man hätte, daß die alte Regierung gestürzt sei. Dann wird Herr Crafshen vor Gericht beschwören, daß er diese Akrobatikleistung fertig gebracht hat.

Nun noch zu dem „alten Sozialdemokraten“. Weisen Sie uns die Existenz dieses alten Sozialdemokraten nach! Können Sie das nicht, dann erklären wir Ihnen frei und offen: Der Brief ist bestellte Arbeit! Wenn wir nicht so gemüßliche Menschen wären, würden wir sagen, Sie führen in solchen Tingen falsche Buch. Aber so — verehrte Herren vom „Rassauer Bote“ — wissen wir Bescheid.

Richard Hein.

Amlicher Cen

(Nr. 88 vom 19. April 1920.)

Das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen hat mit Schreiben Nr. 241/19 vom 16. Oktober 1919 die Landeszentralbehörden der Gliedstaaten ersucht, die höheren Verwaltungsbeförden angewiesen, die Erlaubnis zur Verwendung nicht elastischer Bereifung für Lastkraftfahrzeuge spätestens zum 31. März 1920 zurückzunehmen. Maßgebend für dieses Erlassen war das dringende Verlangen aller Wegebaubehörden, mit Rücksicht auf den Zustand der Straßen die Verwendung der Eisenbereifung bei Lastkraftwagen so bald wie möglich zu verbieten. Der genannte Zeitpunkt wurde deswegen festgesetzt, weil bei Herausgabe der Verordnung die Vollzeifenfabriken erklärt hatten, den entfallenden Vollzeifenbedarf bis zum März 1920 mit Sicherheit decken zu können.

Inzwischen ist die Vollzeifenherzeugung, insbesondere wegen des Rohlenmangels, hart zurückgegangen, so daß schon jetzt feststeht, daß die Vollzeifenfabriken bis Ende März d. J. bestimmt nicht in der Lage sein werden, auch nur den allerdringenden Bedarf an Vollzeifen zu decken, es beim vollständigen Verbot der Eisenbereifung entfallen würde.

Infolgedessen ist in einer Befehlsgewalt mit den Vertretern der beteiligten Behörden, Fabriken und Fahrzeughaltern folgende Regelung vereinbart worden, nach der hiermit erlaßt wird, die dortigen höheren Verwaltungsbehörden mit Anweisung versehen zu wollen:

Die Erlaubnis zur Verwendung einer nicht elastischen Bereifung für Lastkraftfahrzeuge kann auf Grund der Bundesratsverordnung vom 22. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 835) in Abweichung von der Verfügung des Reichsamtes für Luft- und Kraftfahrwesen Nr. 241/19 vom 16. Oktober 1919 unter folgenden Voraussetzungen erteilt werden:

1. Die Dringlichkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes des Kraftfahrzeuges muß einwandfrei nachgewiesen sein; dabei ist schärfster Nachdruck anzulegen, insbesondere wird bei einem Kraftfahrzeugbetriebe zu anderen als zu volkswirtschaftlichen wichtigen Zwecken (z. B. Kartoffel- oder Kohlenförderung) eine Dringlichkeit nur in ganz besonderen Ausnahmefällen anerkannt werden können.

2. Die Erlaubnis ist je nach Lage des einzelnen Falles zu erteilen und keinesfalls über den 31. Oktober hinaus zu erstrecken. Die Antragsteller werden gegebenenfalls hierauf ausdrücklich hinzuweisen sein.

3. Die unter 1.) und 2.) genannte Regelung erstreckt sich nur auf Triebwagen. Bei Anhängern verbleibt es vorläufig bei dem bisherigen Zustand.

Berlin W. 8, den 18. Februar 1920.
Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen.
Der Unterstaatssekretär, gez.: Eüler.
Nr. 20 825/20. I. C.

Wird veröffentlicht mit der Aufforderung an die Kraftfahrzeugbesitzer sich zu bemühen, schon jetzt Gummibereifung für ihre Fahrzeuge zu bekommen, da nach dem 1. Oktober d. J. Kraftwagen mit Eisenbereifung zum öffentlichen Verkehr nicht mehr zugelassen werden.

Limburg, den 14. April 1920.

Der Landrat.

Das Reichsamt für Luft- und Kraftfahrwesen hat mit durch Erlaß vom 16. d. Mts. Nr. 21 409/20 I. C. die Verteilung des Betriebsstoffes für Verkehrszwecke auch für den unbefestigten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden übertragen. Ich ersuche, das bekannt zu machen.

Die Anträge auf Zuteilung von Betriebsstoff sind mit auf dem vorgeschriebenen Formular, das in der Buchdruckerei bei P. Blum in Wiesbaden, Goethestraße 4, erhältlich ist, allmonatlich bis zum 15. vorzulegen.

Bei den Anträgen auf Freigabe von Betriebsstoff für Kraftfahrzeuge ist von der Ortspolizeibehörde unter dem Antrage zu bescheinigen, daß der Antragsteller noch im Besitze des Kraftfahrzeugs und das Kraftfahrzeug ordnungsmäßig zugelassen ist.

Wiesbaden, den 30. März 1920.

Der Regierungspräsident.

Pr. I. 18 G. 631 II.

Wird veröffentlicht.

Limburg, den 14. April 1920.

Der Landrat: Schellen.

An die Ortspolizeibehörden und die Herren Gendarmeriewachmeister des Kreises und des Pfaffenhafes.

Es sind Klagen darüber geführt worden, daß der Hausierhandel vielfach ohne den Wandergewerbeschein ausgeübt wird. Ich ersuche daher, das gesamte Wandergewerbe schärfer als bisher zu überwachen und diejenigen, welche den Gewerbebetrieb im Umherziehen ohne Wandergewerbeschein ausüben, im Uebertretungsfalle hierher zur Anzeige zu bringen.

Limburg, den 8. April 1920.

2. 743.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Betrifft: Erwerbslosenfürsorge.

Auf die Vorschriften siehe R. G. Bl. S. 98 ff. werden die Gemeinden hiermit besonders hingewiesen. Die Ausführungsbestimmungen über produktive Erwerbslosenunter-

stützung können im Büro des Kreisausschusses Zimmer 14, eingesehen werden.

Limburg, den 12. April 1920.

R. M. 1398.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Diejenigen Herren Bürgermeister des Kreises, welche mit Erledigung meiner Verfügung vom 22. März 1920, R. M. 1181, betreffend Einlegung einer Abschrift des festgesetzten Rechnungsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1920 und eines Auszugs aus dem Beschlußbuche der Gemeindevertretung über die zu erhebenden Gemeindesteuern noch im Rückstande sind, werden an sofortige Erledigung erinnert.

Limburg, den 16. April 1920.

R. M. 1181.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Gottesdienstordnung für Limburg.

Katholische Gemeinde.

Dienstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Maria Anna Ciambich und Angehörige. Um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Anna Maria Blechschmidt und Angehörige.

Mittwoch Schulfest des hl. Josef.

Donnerstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Jakob Lehmann und Ehefrau Eva geb. Schwenker. Um 8 Uhr im Dom Amt nach Weinung.

Freitag, den 23. April: Fest des hl. Georgs. Um 8 Uhr im Dom Amt nach Weinung.

Samstag 7 1/2 Uhr im Dom feierl. Amt zur Dankagung. Um 8 Uhr im Dom Amt zu Ehren der Mutter Gottes. Um 4 Uhr nachmittags Gelegenheit zur hl. Beichte.

Stammholz-Versteigerung.

Donnerstag den 22. April d. J., nachmittags 1 Uhr

anfangend, kommt auf dem hiesigen Gemeindegemeinde nachstehendes Stammholz zur Versteigerung:

109 Kiefernstämme mit ungefähr 100 fhm.

12 Eichenstämme „ „ 5,91 „

Das Holz lagert im Distrikt Gericht, Koflau am Steinbacher Weg und wollen sich Kaufliebhaber daselbst vorher ansehen

Esar, den 16. April 1920.

3/88

Der Bürgermeister:

Stähler.

Cäcilien-Verein, evang.-gem. Chor Limburg.

Nächste Gesangsstunde für Herren:

Mittwoch den 21. April, 8 1/2 Uhr abends; für den ganzen Chor:

Montag den 26. April, 8 1/2 Uhr abends.

5/88

Der Vorstand.

Erster Limburger Fussballklub 1907.

Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr in der Turnhalle:

Lichtbildervortrag

des Herrn Dr. Walter Sanf-Dortmund über

„Fußball und Leichtathletik“.

Sämtliche Turn- und Sportvereine sowie alle Sportfreunde sind hierzu herzlich eingeladen.

6/88

3 letzte Tage.

Zirkus Rudolfo.

Heute abend 8 Uhr:

Große Paradenvorstellung

mit großem neuem Programm, sowie

komische Sprechpantomime „Auf dem Maskenball“.

30 Personen

11/88

Außerdem Shahib Nadschara.

Vorverkauf Labonté, Kornmarkt.

An die Einwohner von Limburg.

Der Zweigverein vom Roten Kreuz im Kreise Limburg hat nach Schluß des für uns so unheilvollen Krieges seine Friedensstätigkeit wieder aufgenommen. Viel muß geschehen, um die ungeheuerlichen Schäden des Weltkrieges zu heilen oder doch wenigstens zu bessern. Ganz besonders groß ist das durch die Ernährungschwierigkeiten in den ärmeren Familien verursachte Elend, das sich in Gestalt von Tuberkulose, Strophulose, Scurvy usw. bemerkbar macht. Hier zu helfen ist die Aufgabe des Roten Kreuzes. Die geringen Mittel, welche dem Verein zur Verfügung stehen und das Wenige, was seine jetzige kleine Mitgliederzahl leisten kann, reichen für diese große Aufgabe nicht aus. Wir wenden uns deshalb an die Bewohner Limburgs mit der Bitte, den Zweigverein vom Roten Kreuz in seinen Bestrebungen durch Beitritt als Mitglied und Leistung von Beiträgen zu unterstützen. In den nächsten Tagen werden Sammlerrinnen von Haus zu Haus gehen, um Anmeldungen und Beiträge entgegenzunehmen. Wir hoffen von der schon oft erprobten Opferfreudigkeit der Einwohner Limburgs, daß sie auch jetzt nicht verlagert wird.

21/87

Der Vorstand des Zweigvereins vom Roten Kreuz im Kreise Limburg:

Schellen, Landrat

Vorsitzender.

Kaufe

Autobereifung und Ersatzteile, Personen- und Lastautos auch defekt.

13/86

Fahrzeug-Industrie Limburg (Lahn)

Nic. Hohn.

Handwerker Gewerbetreibende

erhalten Auskunft, Rat und Hilfe in allen Angelegenheiten:

Wirtschaftspraxis, Rohstoffbeschaffung, Fachliche Beratung, Steuerfragen, Rechtsfragen, Technische Rat, Forderungen, Buchführung.

durch die Geschäftsstelle des Kreisverbandes für Handwerk und Gewerbe

Limburg a. Lahn in Schloss Farnum 308

Wer verkauft sein Haus

eventl. mit gutem Geschäft od. sonst günst. Grundstücke? Wir suchen für zahlreiche Käufer Objekte aller Art. Angebot direkt von Selbstverkäufern erbeten an den

Grundstücks-Offerten-Berlag Frankfurt a. M., Schillerhof.

Elektrische Motoren

jeder Stärke für Verbr. billig verk. sofort

24/87

Ingenieur Tönges & Cie.

Motorenhandl. u. Anterwiedel, Essen, Markgrafenstr. 2.

Monatsmädchen

sofort gesucht

9/85

Unt. Grabenstr. 37.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umlagesteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufsangebote von Gegenständen, die der erhöhten Umlagesteuer unterliegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veröffentlichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche veröffentlichte Chiffreanzeige der zuständigen Steuerbehörde mit der Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%. Die Verkäufer können bei der Festsetzung des Verkaufspreises hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.

Heute verschied nach schwerem Leiden, unser lieber Sohn und Bruder, Herr

August Linz

Eisenbahnsattler.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rassel, Alm a. d. Donau, Dörsberg, Berlin, den 17. April 1920.

Die Beerdigung findet am Dienstag, 20. April, nachmittags 4 Uhr vom St. Vincenz-Hospital aus statt.

7/88

Danksagung.

Für die überaus vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres nun in Gott ruhenden unvergesslichen lieben Entschlafenen

Josef Noos

sagen wir unsern tiefgefühlten innigsten Dank. Besonders Dank dem Herrn Dejan Obenaus für die trostvollen Worte am Grabe, dem Turnverein E. B. dem I. Limburger Fußballklub 1907, seinen Schulkameraden, seinen Mitarbeitern und Vorgesetzten der Eisenbahn-Hauptwerkstätte, dem Ortsverein des Eisenbahn-Handwerkerverbandes, den Beihilfen der Werkstätte des Herrn Kruppert sowie für die überaus zahlreichen Kranzspenden und Stiftungen. Auch Dank den barmherzigen Brüdern für die liebevolle Pflege und ein herzliches „Vergelt's Gott“.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen: Wilh. Noos, Verpfähler a. D.

Limburg, den 16. April 1920.

2/88

Freiwillige Versteigerung.

Dienstag den 20. d. Mts., vormittags 10 Uhr beginnend, versteigere ich in Hahnstätten die zu einem Nachlaß gehörigen Gegenstände, wie:

Herren- und Damenmode, Gold- u. Silberfachen, 1 Blüschgarnitur, 1 Sekretär, Schränke, Kommode, mehrere vollständige Betten, Kücheneinrichtung, Tische u. Stühle, Spiegel, Silber und dergleichen. Ferner eine große Partie vorwiegend neue und gebrauchte Leinwand, Tisch- und Bettwäsche, eine große Partie neue Kleiderstoffe und Leinen u., getragene Kleidungsstücke, neue und getragene Damenschuhe, Porzellan, Haus- und Küchengeräte meistbietend gegen gleiche Barzahlung.

Die gebrauchten Gegenstände sind gut erhalten und findet die Versteigerung bestmöglich statt.

Diez a. L., den 15. April 1920.

2/87

Röller, Gerichtsvollzieher.

Schweinemarkt in Elz

am Mittwoch den 21. April 1920.

Marktplatz am Rathaus.

3/87

Der Gemeindevorstand.

Lehrverträge

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

18/87